

S-01-018 Soziale Ungleichheit im Alter bekämpfen!

Antragsteller*in: Pegah Edalatian

Änderungsantrag zu S-01

Von Zeile 17 bis 20:

Sozialsysteme, zum Beispiel eine Renten- bzw. Bürgerversicherung, in die alle einzahlen (auch Beamte, Freiberufler und Selbständige). ~~Niedriglöhne und Minijobs würden dann der Vergangenheit angehören und die junge Generation müsste das Alter weniger fürchten.~~ Außerdem setzen wir uns für faire Löhne und gute Arbeit ein, damit Armut im Alter verhindert wird. Die Rente sollte so organisiert sein, dass sie Armut im Alter verhindert. Unsere reiche und

V-01-012 Bündnisgrüne FINTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Antragsteller*in: Dominique Schirmer (KV Freiburg)

Titel

Ändern in:

Bündnisgrüne INTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 11 bis 14:

politische Teilhabe und Sichtbarkeit von Inter, trans, nicht- binären und agender Personen erhöht werden kann, ohne dass das Frauenstatut geschwächt wird. Der ~~La~~Bundesvorstand ist verpflichtet in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand zu berichten. Gleichzeitig rufen wir den Bundesvorstand dazu auf, die Umsetzung des Bundesfrauenstatuts in allen Gremien sicherzustellen und über entsprechende Schritte regelmäßig, mindestens aber alle 1,5 Jahre zu berichten.

Begründung

Geschlechterbinarität wird in Gremien und Dokumenten häufig vorausgesetzt. Das verhindert die Teilhabe Aller. Allerdings gehen Diskussionen und Maßnahmen in der Debatte häufig in die Richtung, die 50-Plus-Quote, die das Frauenstatut von Bündnis 90/Die Grünen vorsieht, aufzuheben. Gerade die gesellschaftliche Realität zeigt, dass die 50-Plus-Quote im Sinne eines Prozesse anstoßenden und Teilhabe sichernden Instruments nach wie vor notwendig ist. Derzeit ist die Umsetzung des Bundesfrauenrats in zahlreichen Gremien leider keine Realität.

Wichtig ist, dass die Gleichbehandlung von INTA*-Personen und die Gleichbehandlung von Frauen und Lesben nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb braucht es eine Quote mit drei Elementen und der folgenden Reihenfolge: Frauenplatz, TINA-Platz, offener Platz. Und deshalb sollten Lesben nicht aus dem Begriff „FINTA*“ getilgt werden. (s.a. <https://berlin.antragsgruen.de/LDK24-1/finta-vollversammlung-und-finta-konferenz-17128/79443>). Der vorliegende Änderungsantrag legt zudem den Begriff „INTA*-Personen“ nahe.

V-01-001 Bündnisgrüne FINTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Antragsteller*in: Pegah Edalatian

Titel

Ändern in:

Für eine zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit auf Bündnisgrünen Listen

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 1 bis 4:

Der Diversitätsrat ~~setzt~~beschließt, sich ~~im Bundesverband für ein geeignetes Verfahren für einen transparenten und beteiligungsorientierten Prozess für~~in seiner nächsten Sitzung mit Maßnahmen und konkreten Förderinstrumenten für eine breitere Repräsentanz und Sichtbarkeit von geschlechtlicher Vielfalt (inter, trans, nicht-binär, agender) ~~ein~~zu beschäftigen.

V-01-005 Bündnisgrüne FINTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Antragsteller*in: Pegah Edalatian

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 5 bis 8:

~~In diesem Verfahren sind die Vorstände aller Landesverbände einschließlich der jeweiligen Frauen*- und Vielfaltspolitischen Sprecher*innen, die BAG Frauenpolitik, die BAG Lesbenpolitik, die BAG Schwulenpolitik, der Bundesfrauenrat, die GRÜNE JUGEND~~
In dieser Sitzung sind neben den Delegierten des Diversitätsrates auch die jeweiligen Frauen*- und Vielfaltspolitischen Sprecher*innen der Landesverbände, die BAG Frauenpolitik, die BAG Lesbenpolitik, die BAG Schwulenpolitik und das Präsidium des Bundesfrauenrates und externe Expert*innen einzubeziehen.

V-01-009 Bündnisgrüne FINTA*-Listen - Zeitgemäße Geschlechtergerechtigkeit bei der Quotierung durchsetzen

Antragsteller*in: Pegah Edalatian

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 9 bis 14:

~~Der Prozess verfolgt das Ziel, innerhalb der nächsten zwei Jahre zu prüfen, wie durch eine Erarbeitung und Überarbeitung von Förderinstrumenten, wie auch Quotenregelungen, die politische Teilhabe und Sichtbarkeit von Inter, trans, nicht-binären und agender Personen erhöht werden kann.~~

~~Der Landesvorstand ist verpflichtet in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand zu berichten.~~

In der Sitzung soll diskutiert werden, wie durch eine Erarbeitung und Überarbeitung von Förderinstrumenten, wie auch Quotenregelungen, die politische Teilhabe und Sichtbarkeit von Inter, trans, nicht- binären und agender Personen erhöht werden kann, ohne das Frauenstatut zu schwächen.

V-02-001 Frauen- und Kinderschutz und Vielfaltsmerkmale

Antragsteller*in: Pegah Edalatian

Titel

Ändern in:

Psychosoziale Arbeit, Frauen- und Kinderschutz intersektional aufstellen

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 1 bis 25:

~~Unsere Gesellschaft stellt sich immer vielfältiger dar, insbesondere bei Kollektiven, deren eingetretene oder bestehende Vulnerabilität dazu führt, an das Sozialhilfesystem angewiesen zu sein.~~

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Auch im Bereich der sozialen Arbeit sehen wir, dass immer mehr Menschen, mit unterschiedlichen Bedarfen und Vulnerabilitäten auf unterschiedliche Unterstützungen der Sozialhilfesysteme angewiesen sind.

Das ist der Alltag von Fach- und Führungskräften im Bereich der ~~Frauenhilfe~~Frauen- und Kinderhilfe (Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie Frauenberatungsstellen), die sich mit ~~allen Vielfaltsmerkmalen der Klientel auseinandersetzen~~vielfältigen Herausforderungen und Diskriminierungserfahrungen auseinandersetzen müssen. Ein bedeutender Anteil der Frauen, die nach einem Schutzplatz oder Unterstützung suchen, hat einen Migrationshintergrund, gehört zu einem sozialen Umfeld, das unter anderem von Gewalt betroffen ist, oder leidet unter gesundheitlichen ~~oder funktionellen~~ Problemen. ~~Ihre Deutschkenntnisse sind übrigens oft niedrig~~Oftmals haben sie zudem geringe Deutschkenntnisse, was die Anbindung an die sozialen Unterstützungsangebote erschwert. Die ~~Person~~Betroffenen selbst, die Fach- und Führungskräfte in den Einrichtungen, die die Leistungen zur Hilfe gegen Gewalt erbringen, sowie das Sozialhilfesystem sind die Akteure, die ~~gegen diese Hindernisse wehren~~diesen Herausforderungen begegnen müssen.

~~Um diesen Kontext sowohl intern als auch extern deutlich zu machen, ist der Vorschlag:~~

~~–Intensivere interne Zusammenarbeit mit unseren Kolleg:innen der Frauenpolitik, vor allem im Sinne des intersektionalen Feminismus, und Einbeziehung der Vielfaltsmerkmale in das Sozialhilfesystem unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Frauenhäuser und der Bewohnerinnen.~~

Wir wollen deshalb:

- Der Austausch zwischen den vielfalts- und frauenpolitischen Akteur*innen soll gestärkt werden, um Maßnahmen zur intersektionalen Aufstellung der psychosozialen Arbeit zu diskutieren. Hierbei sollen die Bedürfnisse der Frauenhäuser und ihrer Bewohner*innen berücksichtigt werden.

- Zusätzlich zu den anderen notwendigen Themen wie Stalking, digitale Gewalt, Erweiterung der förderfähigen Inhalte der Personalqualifizierung in Fragen der Vielfalt und der Ungleichheitenbekämpfung, und digitale Gewalt, wollen wir die Inhalte in der

Aus- und Weiterbildung von Personal in der psychosozialen Arbeit um Fragen der Vielfalt und der Ungleichheitenbekämpfung erweitern.

- Im Bundestagswahlprogramm sollen der Schutz von Frauen und Kindern, sowie die Ausweitung der BauKapazitäten von Frauenhäusern und die Erweiterung der ZAnzahl der Beratungs- und Anlaufstellen im Mittelpunkt stehen.

~~–Die Einführung einer Antidiskriminierungspolitik bei der Erbringung von Leistungen im Hilfesystem für Frauen und Kinder.~~